

NEUKÖLLNER STACHEL

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln | Nr. 198, Ausgabe I/2025



**Am 23. Februar ist
Bundestagswahl.
Beide Stimmen Grün!**



Foto: Vincent Villwock

MIETERSCHUTZ STATT STEUER- VORTEILE FÜR IMMOBILIENHAIE!

Von Andreas Audretsch (MdB)

Mehr als 100.000 Wohnungen in Berlin kaufen und 0 € Grunderwerbssteuer zahlen? Das geht und ist legal, wenn man die richtigen Steuerschlupflöcher kennt. Das Wohnungsunternehmen Vonovia hat im vergangenen Jahr die Deutsche Wohnen inklusive der Wohnungsbestände gekauft. Normalerweise wird in solchen Fällen die Grunderwerbssteuer fällig: Bei einem Ankauf von einem solchen Umfang wäre das ungefähr eine Milliarde Euro (1.000.000.000€), die an das Land

Berlin gezahlt werden müsste. Zum Vergleich: Die schwarz-rote Berliner Landesregierung streicht gerade 3 Milliarden Euro aus dem Haushalt für 2025. Eine zusätzliche Einnahme über eine Milliarde Euro würde also einen großen Beitrag zur Sicherung von Kultur- oder Jugendfreizeiteinrichtungen leisten. Während Privatpersonen bei einem Hauskauf Grunderwerbssteuer zahlen müssen, nutzt Vonovia einen Trick:

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

| | |
|---|----|
| Grüne Erfolge im Bundestag | 3 |
| Das Selbstbestimmungsgesetz ist da! | 3 |
| Paragraf 218 abschaffen..... | 6 |
| Tempelhofer Feld: Symbol für direkte Demokratie | 6 |
| Schwarz-Rotes Haushaltschaos | 7 |
| Kulturkürzungen in Berlin | 8 |
| Positive Bilanz der Grünen Fraktion Neukölln..... | 8 |
| Newsflash Neukölln | 10 |
| Die AG Klima im Gespräch | 11 |

MIETERSCHUTZ STATT STEUERVORTEILE FÜR IMMOBILIENHAIE!

Fortsetzung von Seite 1

Die Grunderwerbssteuer wird erst fällig, wenn das Wohnungsunternehmen mindestens 90% der Deutsche Wohnen kauft. Um diese Schwelle nicht zu überschreiten, wurde für die Übernahme ein Firmenkonstrukt geschaffen. So hat Vonovia die Kontrolle über 100% der angekauften Wohnungen, aber übernimmt nicht mehr als 90% der Anteile.

Dieser Fall zeigt exemplarisch, wie Großkonzerne bestehende Regelungen zu ihren Gunsten ausnutzen und damit dem Gemeinwohl schaden. Wir setzen uns für ein gerechteres Steuersystem ein, das solche Schlupflöcher konsequent schließt.

Durch den Vonovia-Fall kann das Land Berlin weniger Schulen sanieren oder Lehrkräfte bezahlen. Doch einige Wohnungsunternehmen bereichern sich nicht nur über Steuertricks auf Kosten der Allgemeinheit, sondern auch direkt auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter. In Neukölln gibt es bereits seit Jahren große Missstände in der Kölnischen Heide. Ausgebrannte Wohnungen, kaputte Fenster und Aufzüge. Das ist dort leider eher die Regel als die Ausnahme. Die Wohnungsbestände gehören der Adler-Group. Das Unternehmen ist dafür bekannt, sich möglichst wenig um die eigenen Wohnungen zu kümmern. Deshalb habe ich mich im März 2024 mit meinem Kollegen Daniel Wesener an den Senat gewandt, damit die Mieterinnen und Mieter schnelle Verbesserungen erfahren. Seitdem hat sich aber wenig getan.

Um das Problem der Vernachlässigung von Mietwohnungen in ganz Berlin anzugehen, wollen wir als Grüne Regeln für die Vermietung einführen: So sollen Vermieter verpflichtet

werden, ihren Wohnungen in einem guten Zustand zu erhalten. Nur wer sich daran hält, soll zukünftig weiter Wohnungen vermieten dürfen. Damit verbessern wir das Leben von vielen Mieterinnen und Mietern in Berlin. Denn mit Schimmel an den Wänden, kaputten Fenstern oder einer defekten Heizung lebt es sich nicht gut.

In den letzten drei Jahren habe ich mich als Neuköllner Bundestagsabgeordneter für mehr Gerechtigkeit eingesetzt. Gerade für einen Bezirk wie Neukölln mit hoher Kinderarmut und hoher (Jugend-) Arbeitslosigkeit, ist wichtig, dass die öffentliche Infrastruktur in einem guten Zustand ist. Damit Kinder, die in (zu) kleinen

Wohnungen aufwachsen einen Ort haben, an dem sie ihre Freizeit verbringen können. Damit ihre Eltern, wenn ein eigenes Auto zu teuer ist, trotzdem mit Bus und Bahn überall gut hinkommen können. Und damit ihre älteren Geschwister, die sich keine Nachhilfe leisten können, in gut ausgestatteten Schulen die Dinge lernen können, die sie für ihr Leben brauchen.



Andreas Audretsch

Mitglied des Bundestags
und Neuköllner Direktkandidat für die Bundestagswahl 2025



Häuser in der Weißen Siedlung nahe dem S-Bahnhof Kölnischen Heide

SECHS GRÜNE ERFOLGE IM BUNDESTAG

Die Ampel-Koalition hat viele Konflikte ausgetragen, doch sie war in Teilen besser als ihr Ruf – mit uns Grünen in der Regierung konnten einige Erfolge erzielt werden:

STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT

Seit Juni 2024 ist das neue Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft. Menschen, die hier arbeiten, integriert sind, können nun schon nach fünf, statt acht Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen.



Seit November reicht eine Selbstauskunft beim Standesamt, um Vornamen und Personenstand zu ändern. Es ist ein Meilenstein für die Würde und Freiheit von trans, inter und nicht-binären Menschen.

SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ

DEUTSCHLANDTICKET

Das Deutschlandticket ist ein Erfolgsmodell dieser Bundesregierung und die größte verkehrspolitische Reform seit Jahrzehnten. Es ist ein Mobilitätsangebot an alle.



MINDESTLOHN UND BAFÖG-ERHÖHUNG



Mindestlohn- und Bafög-Erhöhung: Direkt zu Beginn der Wahlperiode hat die Bundesregierung den Mindestlohn per Gesetz von 9,60 Euro auf 12 Euro kräftig angehoben. Im September 2024 wurde der Bafög-Satz auf 475 Euro angehoben. Außerdem stieg der Wohnkostenzuschlag auf 380 Euro.

POLIZEIBEAUFTRAGTER

Seit März 2024 gibt es einen unabhängigen Polizeibeauftragten. Sowohl Bürger*innen als auch Polizist*innen können sich nun in Fällen von Fehlverhalten, Mängeln oder strukturelle Probleme an den Polizeibeauftragten wenden.



CANNABIS-LEGALISIERUNG



Seit dem 1. April 2024 ist der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis in der Öffentlichkeit straffrei, ebenso wie der private Eigenanbau von bis zu drei Pflanzen.



Milena Oschmann

Mitglied im Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, seit 2018 Teil der Stachel-Redaktion

DAS SELBSTBESTIMMUNGS-GESETZ IST DA!

„Frei vom Verstecken, Erklären, Schämen. Endlich sein zu können, wer ich schon immer bin“ – das schreibt Aktivist*in Luna Möbius zum Selbstbestimmungsgesetz. Am 12. April 2024 haben wir das Gesetz im Bundestag verabschiedet, am 1. November trat es in Kraft. Es löst das transfeindliche „Transsexuellengesetz“ ab und ist ein lang erwarteter und überfälliger Schritt zur Anerkennung und Gleichberechtigung von trans*, inter* und nicht-binären Personen.

Durch das Selbstbestimmungsgesetz können Personen ihren Geschlechtseintrag und Namen im Personenstandsregister einfach und selbstbestimmt ändern, so dass ihr Geschlechtseintrag ihrer Geschlechtsidentität entspricht. Sie müssen keine medizinischen Gutachten und langwierige Verfahren mehr durchlaufen. Stattdessen können sie die Änderung mit einer einfachen Erklärung beim Standesamt vornehmen – so auch im Neuköllner Standesamt in Britz. Dabei können sie zwischen weiblich, männlich und divers wählen oder den Geschlechtseintrag gänzlich streichen. Schon ab August 2024 konnten sich Menschen, die ihren Geschlechtseintrag ändern wollen, bei den Standesämtern für



Nyke Slawik. Foto: Michelle Gutiérrez

einen Termin anmelden. Innerhalb von weniger als zwei Monaten gab es über 15.000 Anmeldungen – deutlich mehr als nach dem bisherigen Verfahren. Die Zahl überstieg die Erwartungen und zeigt umso mehr die Dringlichkeit des Gesetzes.

Mit dem Selbstbestimmungsgesetz verschwindet nicht jegliche Dis-

kriminierung von trans*, inter* und nichtbinären Personen, dennoch ist es ein Meilenstein auf dem Weg zu einer inklusiven und geschlechtergerechten Gesellschaft. Ich freue mich für alle, die bald offiziell so heißen und angesprochen werden, wie es richtig ist!

Nyke Slawik

Mitglied des Bundestags

DAS DEUTSCHLANDTICKET: EIN ERFOLGSPROJEKT MIT ZUKUNFT

Unkomplizierter Nahverkehr in der Stadt, spontane Erkundungen des Umlandes, Punks, die nach Sylt fahren – im Sommer 2023 konnte mit dem 9-Euro-Ticket der gesamte Nahverkehr deutschlandweit genutzt werden. Ein Pilotprojekt, das Millionen Menschen quer durchs Land be-

wegte und begeistert angenommen wurde. Mit dem Deutschlandticket setzte die Bundesregierung danach ein ebenfalls bundesweit gültiges Abonnement für 49 Euro im Monat um. Mit großem Erfolg! Über 13 Millionen nutzen es regelmäßig, um ohne Stau und Parkplatzsuche zur Arbeit,

Schule, Uni oder einfach nur an den See zu kommen. Das Deutschlandticket macht den öffentlichen Nahverkehr erschwinglicher und attraktiver, es schafft neue Freiheiten über die regionalen ...

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Tarifgrenzen hinaus. Für Pendler und junge Menschen ist es ein entscheidender und spürbarer Fortschritt. Gleichzeitig trägt es zu ökologischen Zielen bei: Es schafft ein Alternativangebot zum motorisierten Individualverkehr und führt so zu einer Reduzierung der CO₂-Belastung. Um einen deutlicheren Effekt für Klimaschutz zu erzielen, muss zusätzlich

das Angebot im Nahverkehr ausgebaut werden.

Nicht zuletzt zeigt das Deutschlandticket, wie soziale und ökologische Interessen miteinander verbunden werden können, wie sozialer Klimaschutz das Leben der Menschen konkret verbessern kann. Dafür muss es jedoch langfristig günstig erhalten bleiben! Zum 1. Januar ist der Preis des Tickets auf 58 Euro gestiegen

– mit dem Grünen Wahlprogramm für die Bundestagswahl wollen wir langfristig einen Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen. Nur mit einem günstigen Ticketpreis kann es eine ökologische und Wirkung entfalten. Die nächste Bundesregierung ist gefordert, diese Chance zu nutzen, um die Grundlage für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft zu legen.

Die Stachel-Redaktion

FÜR EIN ANTIFASCHISTISCHES NEUKÖLLN!

Neukölln ist ein Symbol für gesellschaftliche Vielfalt: Hier gibt es Barbershops neben Bars und Spätis, muslimische, jüdische und christliche Gemeinden, queeres Leben und unterschiedliche Lebensentwürfe, Eigenheim- und Hochhaussiedlungen. Im Bezirk gelingt das Zusammenleben von unterschiedlichsten Menschen auf engem Raum. Doch immer wieder wird der Bezirk für rassistische Stereotype instrumentalisiert – etwa, wenn es um Krawalle an Silvester geht. Wir verurteilen Angriffe auf Einsatzkräfte und alle For-

men von Gewalt. In den vergangenen Jahren gab es jedoch häufig eine rasifizierende Debatte über die vermeintliche Herkunft der Täter, statt sich mit konstruktiven Lösungen wie Jugendarbeit oder einem Böllerverbot zu befassen, wie es die Grüne Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung fordert.

Ähnlich verkürzt wird in der Diskussion um Demonstrationen im Bezirk, die sich gegen das Leid der Menschen in Palästina richten. Schnell ist von „importiertem Antisemitismus“ die Rede, dabei ist Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Problem. Es braucht Räume, in denen Trauer und Wut über die humanitäre Lage in Palästina und die israelische Kriegsführung ausgedrückt werden können. Daneben ist klar, dass die Verherrlichung von Kriegsverbrechen und Aufrufe zu Gewalt strafrechtlich verfolgt werden müssen.

In diesen Debatten wird schnell vergessen: Die weit größere Gefahr für das friedliche Zusammenleben kommt von rechts – auch in Neukölln. Die rassistischen Morde an Luke Holland und Burak Bektaş, Brandanschläge auf die Autos des Buchhändlers Heinz Ostermann und des Linken-Politikers Ferat Koçak – die Liste rechter Gewalt ist lang.

400 rechtsextreme oder diskriminierende Vorfälle listet das Berliner Register für 2023 im Bezirk. Das ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den vergangenen Jahren, insbesondere im Bereich des Antisemitismus. Trotzdem und gerade deshalb bleibt Neukölln ein Ort des zivilgesellschaftlichen Engagements: Ob Hufeisern gegen Rechts, Rudow empört sich, das Bündnis Neukölln, Omas gegen Rechts oder die Initiative Burak Bektaş – im ganzen Bezirk gibt es Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung einsetzen. Auch die AG Antifa des Grünen Kreisverbandes hat über das vergangene Jahr Zulauf erhalten. Lasst uns weiter mit den Betroffenen rechter Gewalt solidarisch sein, lasst uns engagiert bleiben und werden. Für ein offenes, vielfältiges und antifaschistisches Neukölln!



Gedenkstein für Burak Bektaş, der 2012 vermutlich aus rassistischen Motiven in Neukölln ermordet wurde



Samira Tanana

Verordnete in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln



Antonia Tretter

Vorstandsmitglied von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln und Sprecherin der AG Antifa

SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE ENTKRIMINALISIEREN - WEG MIT PARAGRAF 218



Bahar Haghanipour
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland werden durch ein 150 Jahre altes Gesetz geregelt. Seit 1871 stehen sie im §218 des Strafgesetzbuchs – hinter Mord! Für mich ist klar: Abbrüche sind keine Straftat sondern ein medizinischer Eingriff! Eine aktuelle Studie zeigt: **74 % der Deutschen sind dafür, Abbrüche in den ersten 12 Wochen zu entkriminalisieren.** Die Mehrheit der Bevölkerung ist der Politik also längst voraus.

Es ist mir wichtig, dass die Politik nachzieht! Ich habe im Abgeordnetenhaus gefordert, das sich Berlin im Bundesrat für die Abschaffung von §218 einsetzt. CDU und SPD lehnten

das leider ab. Mit Bundesfrauenministerin Lisa Paus tauschte ich mich dazu vor Kurzem in Neukölln aus.

Fazit: Es geht jetzt darum, eine Mehrheit für den fraktionsübergreifenden Gruppenantrag im Bundestag für die Entkriminalisierung zu finden! SPD, Grüne und LINKE sind dabei. Es liegt an CDU und FDP: Bleiben wir bei einem Gesetz aus dem 19. Jahrhundert oder folgen wir unseren europäischen Nachbarn wie Frankreich oder den Niederlanden, wo Abbrüche Teil der Gesundheitsversorgung sind?

Über den eigenen Körper zu entscheiden ist ein Recht und kein Verbrechen. **My Body, My Choice!**

TEMPELHOFFER FELD: SYMBOL FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

Das Tempelhofer Feld ist nicht nur ein einzigartiger Freiraum, sondern auch ein Meilenstein für die direkte Demokratie. 2014 stimmten 739.124 Berliner*innen in einer Volksentscheidung dafür, das Feld nicht zu bebauen und für alle Menschen zugänglich zu machen. Sie haben damit gezeigt: Direkte Bürger*innenbeteiligung kann die Stadt verändern.

CDU und SPD haben im Sommer 2024 eine „Bürgerwerkstatt“ einberufen, um ihre Bebauungspläne mittels dieser „Beteiligung“ zu legitimieren. Das Ergebnis ist jedoch eindeutig: Die Mehrheit will das Feld – 2014 wie 2024 – nicht bebauen. CDU und SPD ignorieren das: Der Ideen-

wettbewerb zur Bebauung ist ausgeschrieben. Die „Bürgerwerkstatt“ war nicht nur eine Verschwendung von Geldern, die Berlin dringend an anderer Stelle braucht – der Versuch, Beteiligung zu instrumentalisieren untergräbt das Vertrauen der Bürger*innen in diese Formate. Zusätzlich schafft die schwarz-rote Koalition gute Instrumente der Beteiligung, wie den Beteiligungsbeirat ab.

Gerade in Zeiten, in denen sich viele Menschen von der Politik entfremden, sind Bürger*innenbeteiligung und direktdemokratische Entscheidungsmöglichkeiten wichtiger denn je. Mit meiner Fraktion kämpfe ich für den Schutz des Tempelhofer Fel-

des – und für eine vielfältige Demokratie, in der jede Stimme zählt.

Susanna Kahlefeld
Mitglied des Abgeordnetenhauses



SCHWARZ-ROTES HAUSHALTSCHAOS



André Schulze
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Rot-Schwarz bedeutet Stillstand. Schwarz-Rot bedeutet Rückschritt. Denn wenn CDU und SPD gemeinsam regieren, bleiben Zukunftsthemen auf der Strecke – in Neukölln, in Berlin und im Bund. Geschützte Radwege und Milieuschutz, Antidiskriminierung & Kiezblocks? Das waren Fremdwörter für die Neuköllner und Berliner SPD und CDU und wurden seit 2016 von uns Grünen hart erkämpft. Die aktuelle Landespolitik erinnert aber wieder stark an die letzte Rot-Schwarze Koalition zurück. Seit einem Jahr lähmt das Haushaltschaos von CDU und SPD unsere Behörden, Betriebe und Bezirke. Nach der Wahl haben sie allen alles versprochen: Kulturhauptstadt

und Soziale Hauptstadt, ein Klima-Sondervermögen und mehr Radwege als die Grünen. Was daraus geworden ist, sehen wir jeden Tag. BVG-Krise, Kürzungen bei Sozial- und Jugendangeboten, bei Kunst und Kultur und die Verkehrswende wird abgewickelt. Berlin droht in der Folge, seine Klimaziele zu verfehlen. Diese Haushaltspolitik ist weder sozial, noch ökologisch oder gerecht!

Ähnliches droht nach der Wahl am 23. Februar im Bund. Gerechte Steuerreformen? Paris-konforme Klimapolitik? Unterstützung für die Schwächsten unserer Gesellschaft? Mit Schwarz-Rot ist das genaue Gegenteil zu erwarten.

#BERLINISTKULTUR – ABER WIE LANGE NOCH?

Fassungslosigkeit, nacktes Entsetzen und steigende Wut – so reagieren nicht nur die vielen Betroffenen auf die Haushaltskürzungen von CDU und SPD. Besonders hart trifft es Berlins Kulturförderung. Obwohl ihr Anteil gerade einmal 2,1 Prozent am Gesamthaushalt ausmacht, soll hier 2025 gigantische 135 Millionen eingespart werden. Dagegen hat sich mit dem Bündnis #BerlinIstKultur breiter Protest formiert. Die Kritik richtet sich nicht gegen den Umstand, dass auch im Kulturbereich gespart wird, sondern gegen die Art und Weise. Zurecht, wie wir Grüne finden. Denn CDU und SPD gefährden die Kulturmetropole Berlin in ihrer Substanz.

Manche große Institutionen werden

sich durch einen Rückgriff auf ihre Rücklagen noch über das Jahr retten können, doch für andere Kulturorte und künstlerischen Programme kommt bereits 2025 das Aus, darunter die ehemalige Werkstatt der Kulturen in der Neuköllner Lucy-Lameck-Straße oder die Berlin Mondiale. Besonders hart trifft es die ohnehin prekäre Freie Szene, die Kulturelle Bildung und alle Maßnahmen für mehr Vielfalt und Teilhabe, etwa durch die Abschaffung vom eintrittsfreien Museumssonntag. CDU und SPD kürzen vor allem bei den Jüngsten und Schwächsten in der Stadt. Am dramatischsten fällt der Kahlschlag beim Arbeitsraumprogramm aus, das vollständig abgewickelt werden soll. Schwarz-Rot entzieht damit der Zukunft der

Kulturmetropole Berlin – im wahren Sinn des Wortes – den Boden.

Daniel Wesener
Mitglied des Abgeordnetenhauses



POSITIVE HALBZEITBILANZ DER GRÜNEN FRAKTION NEUKÖLLN

Sichere Wege für Fußgänger*innen und Radfahrende, gestärkte Stadtnatur, bezahlbarer Wohnraum und ein solidarisches Miteinander sind die Grundpfeiler eines lebenswerten Neuköllns. Dafür setzen wir uns erfolgreich in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein und können positiv auf unsere politische Arbeit seit 2021 zurückblicken. Gemeinsam mit unserem Stadtrat Jochen Biedermann haben wir viel erreicht.

VERKEHR UND MOBILITÄT:

Im Verkehrsbereich sind wir ein gutes Stück vorangekommen: Wer hätte gedacht, dass in Neukölln vier Kiezblocks (verkehrsberuhigte Zonen) auf den Weg gebracht bzw. bereits umgesetzt werden konnten? Im Reuterkiez und in Rixdorf wird der Durchgangsverkehr schon aktiv aus den Kiezen herausgehalten, für den Körner- und den Schillerkiez sind ebenfalls verkehrsberuhigende Maßnahmen geplant. Auch die Einführung der Parkraumbewirtschaftung im Neuköllner Norden sowie der

umfassende Ausbau unseres Radwegenetzes sind gute Nachrichten. Wir setzen uns auch weiter für eine nachhaltige und soziale Verkehrswende im Bezirk ein.

BEZAHLBARER WOHNRAUM:

Mit dem „Neuköllner Modell für kiezverträglichen Wohnungsbau“ zeigt unser Stadtrat Jochen Biedermann, wie bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann: Das Modell verpflichtet Eigentümer*innen zu mind. 30 % mietpreisgebundenen Wohnungen im Neubau, wo immer möglich. Mit den von uns durchgesetzten zehn Neuköllner Milieuschutzgebieten verhindern wir zudem Luxusmodernisierungen und bekämpfen Verdrängung. Für bezahlbare Mieten und eine Perspektive für die Bewohner*innen in ihrem Kiez!

KLIMASCHUTZ UND STADTNATUR:

Ein Highlight ist die klimafreundliche Umgestaltung des Volksparks Hasenheide. Mit hitzeresistenten



Neupflanzung in der Hasenheide

Neupflanzungen, gezielten Artenschutzmaßnahmen und lokalem Regenwassermanagement macht unser Stadtrat Jochen Biedermann den Park fit für den Klimawandel!

DEMOKRATIE UND VIELFALT:

Wir setzen auf ein demokratisches und inklusives Miteinander. Zu unseren konkreten Initiativen gehören die Einrichtung von Runden Tischen gegen Rassismus und für die Stärkung jüdischen Lebens sowie unser Einsatz für eine Antidiskriminierungsstelle.

AUSBLICK:

Es gibt viel zu tun in unserem Lieblingsbezirk. Mit Initiativen zur Verbesserung der Lebensqualität, konkreten Maßnahmen für mehr Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit sowie dem entschlossenen Einsatz gegen Rechtsextremismus setzen wir auch im kommenden Jahr klare Prioritäten für ein zukunftsfreudiges Neukölln.



Reuter-Kiezblock: Links abbiegen heißt es für Autos in der Friedel-Ecke Pflügerstraße. Passant*innen und Radfahrende können die Kreuzung weiterhin queren.

Mehr zu
unserer
Halbzeit-
bilanz:



„NEUKÖLLN BRAUCHT BEZAHLBAREN WOHNRAUM!“

Interview mit Stadtrat Jochen Biedermann

JOCHEN, SEIT 2016 BIST DU STADTRAT IN NEUKÖLLN, STADT-ENTWICKLUNG HAT IMMER ZU DEINEM RESSORT GEHÖRT. WAS KANN DER BEZIRK FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM TUN?

Wir haben die bezirklichen Möglichkeiten konsequent angewendet und neue entwickelt: Den Milieuschutz ausgeweitet, das Vorkaufsrecht angewendet und das „Neuköllner Modell für den kiezverträglichen Wohnungsneubau“ etabliert, wodurch zusätzliche bezahlbare Wohnungen entstehen. Durch strenge Anwendung des Umwandlungsverbots konnten wir zumindest die Aufteilung von Miet- in Eigentumswohnungen stoppen. Wir ringen also um jede bezahlbare Wohnung – ob im Bestand oder im Neubau.

WELCHE KONKRETEN ERFOLGE GAB ES IN DEN LETZTEN JAHREN?

Durch das Neuköllner Modell entstehen bezahlbare Wohnungen, die es sonst nicht geben würde. Zudem haben wir Regeln gegen sogenannte Micro-Appartement entwickelt – das sind diese möblierten Zimmer, die für Unsummen vermietet werden. Und wir gehen gegen Missbrauch auf dem überspannten Wohnungsmarkt vor. Eine Immobilienfirma hat etwa aus einer Zwei- eine Fünfstückwohnung gemacht, die Zimmer einzeln vermietet und den Gesamtmietpreis damit verdreifacht. Dem haben wir einen Riegel vorgeschoben und vom Oberverwaltungsgericht Recht bekommen. Ein weiterer Erfolg ist natürlich die Anwendung des Vorkaufsrechts für die Weichselstraße 52 im Herbst 2023.

STICHWORT VORKAUFSRECHT – MIT EINEM URTEIL DES BUNDES- VERWALTUNGSGERICHTS 2021



Jochen Biedermann in seinem Büro im Rathaus Neukölln

WURDE DIESES MASSIV EINGESCHRÄNK – WAS HEISST DAS FÜR NEUKÖLLN?

Mit dem Vorkaufsrecht hatten wir ein starkes Instrument, mit dem wir sicherstellen konnten: wer hier ein Haus kauft, muss sich an Regeln halten und kann nicht nur auf Kosten der Bewohner*innen Kasse machen. Wer dazu nicht bereit war, kam nicht zum Zug. So sind zahlreiche Häuser in Neukölln in die Hände von städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften gekommen. Seit dem Urteil geht das nicht mehr, seither können wir das Instrument nur noch für auffällige Häuser anwenden. In einem Fall in der Weichselstraße ist es uns dennoch gelungen, aber den meisten Verkäufen geht es eben nicht mehr. Wir brauchen daher endlich die Reform des Vorkaufsrechts auf Bundesebene, die insbesondere die FDP in der Ampel blockiert hat.

EINE AUFGABE FÜR DIE NÄCHSTE BUNDESREGIERUNG – WAS FÜR EINE BEDEUTUNG HAT DIE BUNDESTAGSWAHL FÜR MIETER*INNEN IN NEUKÖLLN?

Eine große! Neben dem Vorkaufsrecht muss das Umwandlungsverbot, von dem wir es oben schon hatten mindestens für weitere fünf Jahre verlängert werden. Und – genauso dringend – muss die Mietpreisbremse verlängert und verbessert werden. Es ist leider kaum bekannt, dass auch diese Ende 2025 ausläuft. Für Berlin wäre das eine absolute Katastrophe, bei Neuvermietungen würde es zu noch krasser Erhöhungen kommen als jetzt schon. CDU und FDP dagegen wollen die Mietpreisbremse einfach auslaufen lassen. Für einen umfassenden Mieter*innen-schutz brauchen wir also ein starkes, grünes Ergebnis!

NEWSFLASH NEUKÖLLN



Foto: Philipp Lohfener

Bundesförderung für Vollgut-Genossenschaft

Starkes Zeichen in Zeiten steigender Gewerbemieten und knapper Räume: Die Vollgut eG bekommt 12 Millionen Euro Förderung für die Entwicklung eines gemeinwohlorientierten Kulturzentrums im Rollberg-Viertel

Quelle: Pressemitteilung Grüne Neukölln

Intelligente Laternen in der Hasenheide

Neue Beleuchtung: Passieren Personen in der Nacht den Park, wird ihre unmittelbare Umgebung mithilfe von Sensoren heller ausgeleuchtet – das spart Energie und ist gut für die Tiere!

Quelle: Berliner Woche



Bauprojekt Buckower Felder nimmt Gestalt an

Schon im August waren erste Mieter*innen eingezogen, im Dezember kamen weitere 54 Mietparteien hinzu. Insgesamt entstehen rund 900 Wohnungen samt sozialer Infrastruktur.

Quellen: Facetten-Magazin Neukölln, Stadt und Land

Wichtiges Urteil gegen Neuköllner Neonazis

Wegen Brandstiftung auf die Autos des Rudower Buchhändlers Heinz Ostermann und des Linken-Politikers Ferat Koçak wurden zwei Neuköllner Neonazis im Dezember zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Quelle: Tagesspiegel



Foto: Rick Proctor, Unsplash

Neukölln bewirbt sich als Cannabis-Modellregion

Wie wirkt sich der legale Zugang auf das Konsumenten-Verhalten aus? Das soll in einem Forschungsprojekt in Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg herausgefunden werden.

Quelle: Taz

Fahrradparkhaus

Am U-Bahnhof Wutzkyallee lassen sich Fahrräder sicher und geschützt abstellen – in der Pilotphase bis zum 10.02. sogar kostenlos!

Quelle: Berliner Woche

305 neue Bäume für Neukölln

Schon 2024 konnte Neukölln eine positive Baumbilanz verzeichnen: auf gut 200 Pflanzungen kamen 53 Fällungen. Das Bezirksamt setzt 2025 die Baumpflanzungen fort – Schwerpunkt ist dabei Rudow. Auch in der Hasenheide stehen viele Pflanzungen an.

Quelle: Berliner Woche



Sicheres Radfahren in der Ilsestraße

Zwischen Emser Straße und Thomasstraße ist die Ilsestraße nun eine Fahrradstraße.

Quelle: Bezirksamt Neukölln



Schneller-Bauen-Gesetz senkt Arten- und Naturschutzvorgaben

Auch das Tempelhofer Feld bedroht – mehr günstiger Wohnraum ist jedoch nicht zu erwarten.

Quelle: Kiez und Kneipe, Schneller-Bauen-Gesetz

GRÜN ALS STARKE STIMME FÜR UMWELT- UND KLIMASCHUTZ

Die AG Klima der Grünen Neukölln im Gespräch

IHR HABT SCHON 2014 EIN KLIMASCHUTZKONZEPT FÜR NEUKÖLLN SKIZZIERT. 2024 HAT DIE VERWALTUNG IMMER NOCH KEINES ETABLIERT. HABT IHR NOCH HOFFNUNG?

Swantje: Die Grünen machen ja Druck. Aber der Bezirk braucht mehr Unterstützung, um wirksame Maßnahmen stemmen zu können.

David: Stattdessen werden die Bezirke in ihrem Kampf um ökologische Baustandards und Naturschutz ausgebremst. Damit wird weder für günstigere Mieten noch für gerechtere Verteilung von Wohnraum gesorgt.

Swantje: Der schwarz-rote Senat verabschiedet sich mit seinen brutalen Sparvorhaben gerade vom gesetzlich verankerten Ziel, Berlin bis 2045 klimaneutral zu machen. Das ist ein herber Rückschlag für die ganze Stadt. Auch mit Klimaanpassungen für eine zukunftsfeste Stadt sieht es dann schlecht aus.

Linda: Klima- und Umweltschutz ist seit 2024 sogar als Menschenrecht verankert und bedeutet Schutz von Gesundheit und Leben. Im verdichteten Neukölln spielen Parks, Grünflächen und die Vegetation eine

große Rolle für das lokale Klima. Sie verbessern die Luftqualität und reduzieren Hitze. Wie das Tempelhofer Feld – doch auch hier handelt der Senat nicht im Sinne des Arten- und Klimaschutzes, sondern will das Feld bebauen.

IHR SPRECHT VON DER BERLINER LANDESREGIERUNG – WIE BLICKT IHR AUF DIE BUNDESEBENE UND DIE WAHL AM 23. FEBRUAR?

Paul: Wir sehen im Land Berlin, was passiert, wenn man Klimaschutz der Union und der SPD überlässt. Dies darf im Bund nicht geschehen! Deshalb ist die Bundestagswahl im Februar richtungsweisend.

David: Insbesondere ein klammer Bezirk wie Neukölln ist auf Bundesförderprogramme angewiesen. Die grün geführten Ministerien setzen sich für Radwegeausbau, Stadtbäume und für Klimaanpassungsmaßnahmen ein.

STACHEL: WAS WÜNSCHT IHR EUCH FÜR DIE ZUKUNFT?

Linda: Klimageld, günstige Wohnungen, Radwege, Tramlinien, mehr Bäume.

Alex: Wir Grüne und auch die AG Klima haben großen Zulauf. Klimaschutz ist weiterhin sehr wichtig. Deshalb brauchen wir unbedingt starke Grüne in Bundestag und Bundesregierung als laute Stimme für Klima- und Umweltschutz - global und kommunal!

Swantje: Gerade in Zeiten des Rechtsrucks braucht es Druck von der Straße für eine progressive (Klima-)Politik. Ich wünsche mir einen kraftvollen Klimastreik am 14. Februar – kommt vorbei!



Foto: Li-An Lim, Unsplash

IMPRESSUM

**Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Neukölln**

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berthelsdorfer Straße 9
12043 Berlin

V.i.S.d.P.: Christina Hilmer-Benedict,
Malte Spielmann

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder.

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Constanze Altmann, Andreas Audretsch, Jochen Biedermann, Alex Britz, Marc Deger, Freya Engel, Igor Fayler, Julia Frediani, Bahar Haghanipour, Laila Hounkonnou, Christina Hilmer-Benedict, Susanna Kahlefeld, Ulrike Klein, Linda Krummenauer, Swantje May, David Meier, Angela Korte, Linda Krummenauer, Milena Oschmann, Johann Schily, André Schulze, Nyke Slawik, Malte Spielmann, Tjado Stemmermann, Samira

Tanana, Antonia Tretter, Daniel Wesener, Paul Widera

Layout & Gestaltung: Johann Schily

Internet: gruene-neukoelln.de

Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

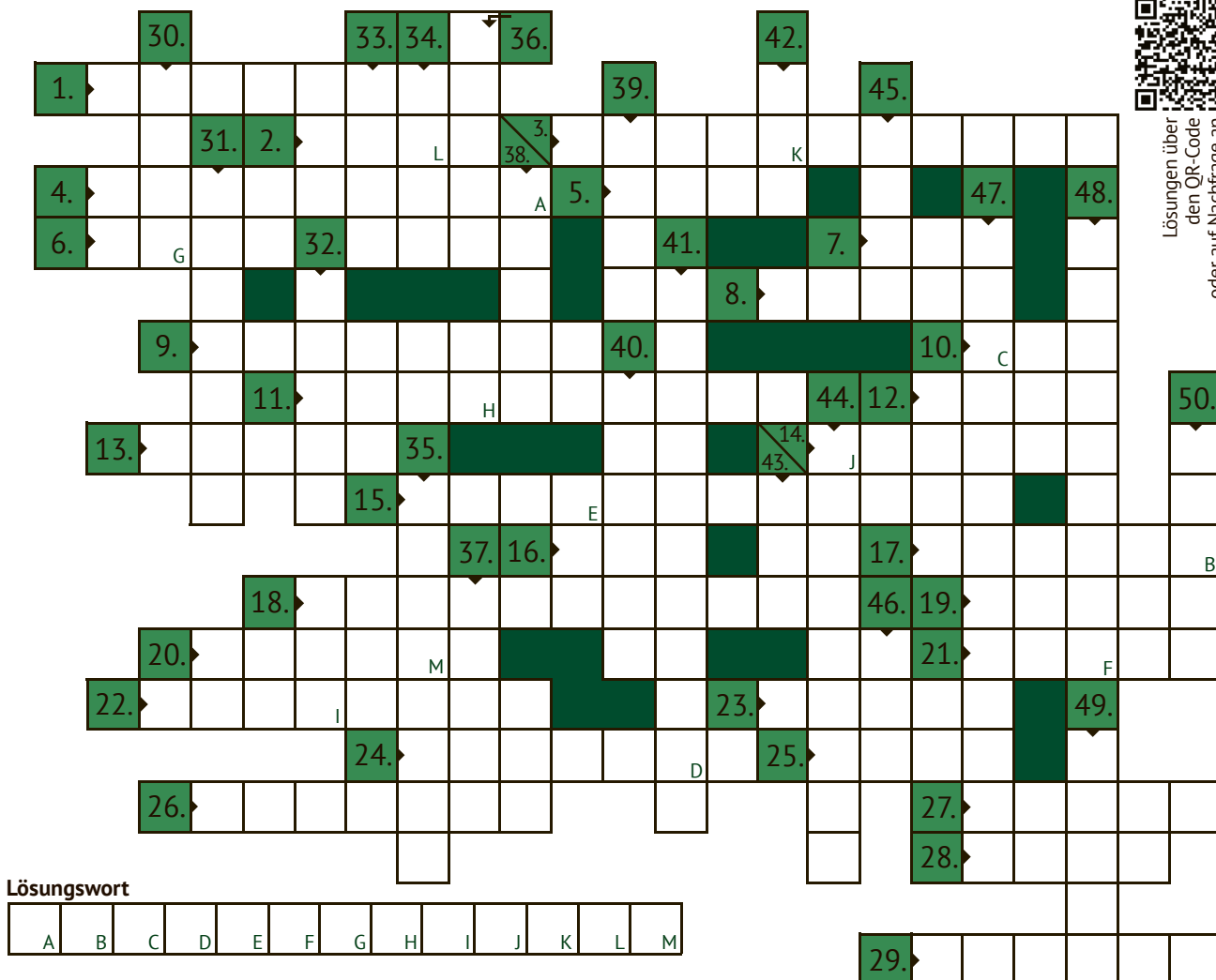
Icons S. 1: Cuputo (Wahlkreuz) S. 3: Lulis Dian RP (Pässe), Maan Icons (Zug), Budogol (Polizist), Ariful Rohman (Cannabis), alle von ,thenoun-project.com

Bildrechte S.6 und S.7 (Portraits): Vincent Villwock

GRÜNES KREUZWORTRÄTSEL



Lösungen über
den QR-Code
oder auf Nachfrage an
stachel@gruene-neukoelln.de



Lösungswort

| | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| A | B | C | D | E | F | G | H | I | J | K | L | M |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|

Lösungshinweise waagerecht:

- Namensgebender Mediziner für Straße in Britz
- Produktions- und Handelsbedingungen im Idealfall
- Belebte Straße in Nord-Neukölln
- Deutsches Parlament
- Namensgebender Fluss für Straße im Weichselkiez
- Berufsverkehr auf der Karl-Marx-Straße
- Kurz: Bezirksverordnetenversammlung
- Parlamentarisches Tagesgeschäft: Antrag und An...
- Siedlung in Britz (Architekt: Bruno Taut)
- Umweltfreundliches Verkehrsmittel
- Bewegung für Gleichberechtigung und Chancengleichheit
- Namensgebender Fluss für Straße im Schillerkiez
- Nachbarschaftsprojekt „Lange ...“
- Fliegende Allesfresser, auch zu finden auf dem Tempelhofer Feld
- Lieblingssort von Robert Habeck
- Droht zu schmelzen, gibt 2 davon
- Gesamtheit öffentlicher Medien

Lösungshinweise senkrecht:

- Kernanliegen der Grünen
- Angelegenheit
- Nächtlicher Lieblingssort der Neuköllner*innen
- Fragewort
- Du willst bei den Grünen Neukölln mitmachen? Dann werde jetzt ... !
- ... Kante gegen Rechts!
- Name dieser Zeitung
- Atmosphärisches Schutzschild, das immer dünner wird
- Wir brauchen ...-gleichheit!
- Was wir ausüben müssen, damit rechte Straftaten aufgeklärt werden
- Wir haben nur eine ...
- Ältester queerer Club in Deutschland
- Geräuschkulisse auf Demos
- Mensch im Kiez
- Neukölln ist vielfältig und welt- ...
- Namensgebendes Tier für Park in Nord-Neukölln
- Teil sozialer Infrastruktur – hier braucht es mehr Personal und Investitionen!

- Durch den Klimawandel ist der Zustand vieler Straßenbäume in Berlin ...
- Mit Grün geht es ... !
- Mindestlohn rauf, ... runter!
- Am 23. Februar beide Stimmen ... !
- Umweltbewusst
- Die Kürzungen des CDU/SPD-Senats waren ein ... für die Berliner Kulturszene
- Freiraum für Erholung, Sport und Natur, grüne Lunge Berlins, ... Feld
- Heißgetränk für den Winterwahlkampf
- Initiative lesbischer Frauen in Berlin-Neukölln „Rad und ...“
- Verkehrskonzept für mehr Lebensqualität in der Nachbarschaft
- Berliner Sportverein (Basketball) mit Jugendclub in der Gropiusstadt
- Linksalternative Berliner Zeitung
- Prozess hin zu nachhaltiger Mobilität
- Grüner Direktkandidat für Neukölln
- Ortsteil im Süden Neuköllns
- Vielfalt von Identitäten & sexuellen Orientierungen – jenseits von cis/hetero